

Innenminister Behrens zu den Gemeindefinanzen

„Die Situation ist sehr dramatisch“

Von Friedhelm Ruf

„Die Zahl der Kommunen ohne einen Haushaltsausgleich steigt. In NRW haben wir inzwischen 105 Städte und Gemeinden mit einem Haushaltssicherungskonzept.“ Für Innenminister Dr. Fritz Behrens ist es deshalb notwendig, möglichst bald die Gemeindefinanzreform umzusetzen. „Die Kommunen brauchen verlässliche Einnahmen“, sagte der Minister gestern gegenüber der NGZ.

„Die Situation auf der Einnahmenseite ist sehr dramatisch“, sagte Behrens. Es helfe allerdings nichts, den Schwarzen Peter zu spielen und die Schuld beim politischen Gegner zu suchen. Es stehe zum Beispiel fest, dass der Bund den Kommunen die materiellen Kosten bei der Grundsicherung ersetzen werde. „Das Problem sind die Verwaltungskosten. Das muss man sich ansehen müssen.“ Letztlich sei ein gewaltiger Steuereinbruch die Ursache. „In den Jahren 2001 bis 2003 haben wir gegenüber 2000 insgesamt drei Milliarden Euro an Steuereinbrüchen. Das führe zu der Zahl von 105 Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept. Inzwischen seien 19 Städte und Gemeinden im äußerst kritischen Zustand eines nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzepts, Oberhausen und Duisburg gehörten dazu. Sie dürfen nur die gesetzlich verpflichtenden Ausgaben tätigen, sonst nichts. Alle freiwilligen Leistungen müssen eingestellt werden. Sie müssen außerdem so schnell wie möglich genehmigungsfähige Haushaltssicherungskonzepte vorlegen.“ Damit allerdings ist die Einnahmensi-

tuation noch nicht besser. Behrens schlägt in diesem Zusammenhang eine Aufgabenkritik vor. „Alle Vorschriften, die nicht Rechtsqualität haben, wie Erlasse und Richtlinien, werden überprüft.“ Dies gelte auch für alle Gesetze und Verordnungen, die mit einem Verfallsdatum versehen würden.

Am wichtigsten für die Einnahmenseite der Kommunen sei aber eine Gemeindefinanzreform, wie sie von ihm selbst und dem heutigen Ministerpräsidenten Steinbrück angestoßen worden sei. „Wir haben ein Konzept für eine modernisierte Gewerbesteuer vorgelegt.“ Dabei gehe es nicht um eine Steuererhöhung, sondern um mehr Steuergerechtigkeit. Danach soll die Gewerbesteuer auf eine breitere Grundlage gestellt und ein größerer Kreis von Steuerpflichtigen einbezogen werden. „Alle kommunalen Spitzenverbände unterstützen dieses Konzept“, sagte Behrens. Auch die SPD-Landtagsfraktion habe dieses Modell auf ihrer jüngsten Klausurtagung Ende Januar in Gelsenkirchen noch einmal bekräftigt. Die SPD-Landtagsfraktion bezeichnet die Gewerbesteuer als eine „gute Steuer“, weil ihr Hebesatzrecht die Finanzautonomie der Kommunen stärke und weil sie zugleich ein „Interessenband“ zwischen der Gemeinde und der örtlichen Wirtschaft darstelle. Behrens wandte sich gegen Pläne, wonach die Gewerbesteuerlast von den Unternehmen auf alle Lohn- und Einkommensteuerzahler umgelegt werden soll. „Das ist sozial nicht zu verantworten“, sagte der Innenminister. Behrens rechnet damit, dass die Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Für die Gemeinden würden positive Auswirkungen dann erst 2005 zu spüren sein. „Aber auch mit der Finanzreform wird es kein Manna vom Himmel regnen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage gibt es zurzeit noch kein Licht am Ende des Tunnels. Die Finanzen der öffentlichen Hand sind aber abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.“